

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 16.10.2025
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:01 Uhr
Ort, Raum:	Raum 221 im Unterstufentrakt des Johann-Rist-Gymnasium, Am Redder 8, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Petra Kärigel Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglieder

Janik Schernikau CDU

Sabine Zedler CDU

Holger Craemer Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Ralf Sonntag Bündnis 90 / Die Grünen

Rainer Hagendorf SPD

Matti Schlotzhauer SPD

Peter Ammer WSI

Vertretung für: Ingrid Paradies

Tjark Otto FDP

Vertretung für: Jörg Hohner

Stadtentwässerung

Christopher Seydewitz Werkleitung Stadtentwässerung

Petra Hesse Verwaltungsleitung Stadtentwässerung

Umweltbeirat

Nicole Petersen Umweltbeirat

Jugendbeirat

Jonas Petersen Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Helmut Steinke Seniorenbeirat

Verwaltung

Julia Fisauli-Aalto Bürgermeisterin

Claudia Broekhuis Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt

Birgit Woywod Fachdienstleitung Bauverw. und öffentl. Flächen

Eva Schlensok Fachdienstleitung Gebäudemanagement

Christiane Maylahn Leitstelleumweltschutz

Charleen Bonna Fachdienst Bauverw. und öffentliche Flächen

Mara Katharina Schlüter Protokollführung

Abwesend

Mitglieder

Torben Wunderlich CDU

entschuldigt

Hendrik Thomascheski CDU

entschuldigt

Ingrid Paradies
Jörg Hohner

WSI
FDP

entschuldigt
entschuldigt

Gäste:

Frau Sucher	BWS GmbH	zu Top 4.1
Herr Gröger	BWS GmbH	zu TOP 4.1

Ratsfrauen und Ratsherren:

Frau Goll, Frau Heyer, Frau Lembach, Frau Römer

6 Einwohner*innen

zwei Vertreter der örtlichen Presse

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Sie schlägt vor, den voraussichtlich nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung zu streichen, sofern kein Beratungsbedarf vorliegt. Es wird kein Bedarf gemeldet.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig die vorgeschlagene Änderung der Tagesordnung und die Gesamt-Tagesordnung in einer Abstimmung.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Protokoll der Sitzung vom 11.09.2025 | |
| 4 | Umwelt und Nachhaltigkeit | |
| 4.1 | Bodenkundliches Gutachten zum Wiedervernässungspotenzial von Moorflächen in Wedel hier: Vorstellung der Ergebnisse durch BWS, Hamburg | MV/2025/077 |
| 4.2 | Strategie zum Schutz und zur Förderung der biologischen Vielfalt hier: Sachstand und Präsentation | MV/2025/078 |
| 4.3 | Überprüfung des Leitfadens Umweltfreundliche Beschaffung | MV/2025/079 |
| 4.4 | 2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung hier: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten | BV/2025/059 |
| 5 | Beschlussvorlagen | |
| 5.1 | I. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserbeseitigung der Stadt Wedel (Beitragssatzung) | BV/2025/048 |

5.2	Widmung eines Teilgebiets des Sanierungsgebiets Stadthafen Wedel	BV/2025/073
6	Öffentliche Mitteilungen und Anfragen	
6.1	Auftrag aus dem UBF vom 22.05.2025 zur Prüfung der MV2025/027 hinsichtlich der Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung in der Straße Breiter Weg	MV/2025/085
6.2	Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/die Grünen zur MV/2024/068 vom 01.08.2024 „Erhöhung / Einführung von Parkgebühren im gesamten Stadtgebiet“ (Prüfauftrag)	ANF/2025/010
6.3	Antwort der Verwaltung zur Anfrage der CDU aus dem UBF vom 03.07.2025 hinsichtlich der Parkraumbewirtschaftung im Elbring und Halteverbot für dauerhaft parkende breite/große Fahrzeuge im öffentlichen Raum	MV/2025/084
6.4	Stand und Kosten wichtiger Bauvorhaben - öffentliche Flächen	MV/2025/091
6.5	Bericht der Verwaltung	
6.5.1	Haushaltskonsolidierung	
6.6	Sachstand Hochbauten in Wedel	
6.7	Anfragen der Politik	



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Umweltbeirat nimmt Bezug auf das Protokoll der Sitzung vom 11.09.2025 und stellt zu TOP 6.4.1 Seite 10, Absatz 5, folgendes richtig: „„Herr Eichberger und der Umweltbeirat schließen sich der Haltung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen an.“ gibt unseres Erachtens die Äußerung im Ausschuss nicht wieder, bzw. ist im Zusammenhang mit den Ausführungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im vorstehenden Absatz 4 missverständlich. Der Umweltbeirat hat sich der dortigen Haltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu diesem Punkt nicht angeschlossen.

Vielmehr hat der Umweltbeirat auf die Bemerkung von Frau Kärgel, dass die Fraktion im Gegensatz zum Umweltbeirat die Stellenzusammenlegung nicht begrüße, darauf hingewiesen, dass auch aus Sicht des Umweltbeirates zwei Stellen sicher wünschenswert wären, aber angesichts der schwierigen Haushaltslage und der drohenden kompletten Stellenstreichung, uns die vorgeschlagene Lösung der Zusammenlegung noch als die „beste der schlechten“ Lösungen erscheint.“

Weiter gibt der Umweltbeirat dem TOP 4.4 „2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung“ seine volle Unterstützung.

Der Seniorenbeirat und der Jugendbeirat haben nichts zu berichten.

3 Protokoll der Sitzung vom 11.09.2025

Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen.

4 Umwelt und Nachhaltigkeit

4.1 Bodenkundliches Gutachten zum Wiedervernässungspotenzial von Moorflächen in Wedel

MV/2025/077

hier: Vorstellung der Ergebnisse durch BWS, Hamburg

Frau Sucher von der BWS GmbH präsentiert die Ergebnisse des bodenkundlichen Gutachtens zum Wiedervernässungspotenzial von Moorflächen im Stadtgebiet Wedel. Anschließend stehen sie und ihr Kollege, Herr Gröger, dem Gremium für Rückfragen zur Untersuchung selbst sowie zu den Ergebnissen und möglichen weiteren Vorgehensweisen zur Verfügung.

Die Leitstelle Umweltschutz bringt hierzu abschließend an, dass das Randmoor im Kernaktionsraum KAR 15 „Haseldorfer Elbmarsch mit vorgelagerten Sänden“ der Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt des Landes Schleswig-Holstein liegt.

Im Zuge der Erarbeitung der Strategie zum Schutz und zur Förderung der biologischen Vielfalt der Stadt Wedel gibt es Kontakt zu den übergeordneten Behörden. Die Leitstelle wird die Ergebnisse des bodenkundlichen Gutachtens zum Wiedervernässungspotenzial von

Moorflächen in Wedel mit den übergeordneten Behörden und weiteren fachkundigen Akteuren wie z.B. der Stiftung Naturschutz besprechen und dem Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise machen.

Anlage 1 TOP 4.1 WMW_20251016_Untersuchungsergebnisse_BWS_GmbH

4.2 Strategie zum Schutz und zur Förderung der biologischen Vielfalt

MV/2025/078

hier: Sachstand und Präsentation

Die Leitstelle Umweltschutz präsentiert den aktuellen Sachstand der Strategie zum Schutz und zur Förderung der biologischen Vielfalt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dankt für die Präsentation und stellt in Frage, ob der dargestellte Umfang der Strategie auch im Zuge der anstehenden Umstrukturierung der Stellen Mobilitätsmanager, Klimamanager und Leitstelle Umweltschutz zu einer Stelle Nachhaltigkeitsmanager weiterhin abgedeckt werden kann.

Inhaltlich hebt die Fraktion hervor, dass der Umgang mit gebietsfremden Arten ein wichtiger Faktor ist. Sie erkundigt sich, ob hierzu bereits Maßnahmen ergriffen wurden, und verweist in diesem Zusammenhang auf die Schweiz, wo eine Liste mit verbotenen gebietsfremden Pflanzen wie dem Kirschlorbeer veröffentlicht wurde.

Die SPD-Fraktion weist auf weitere Störfaktoren für die biologische Vielfalt hin. Einerseits werden Brachflächen für den Wohnungsbau versiegelt, andererseits bemüht sich die Stadt um deren Erhalt. Darüber hinaus weist sie auf die Verwendung von Laubbläsern hin, die nicht nur Lärm verursachen, sondern auch ökologische Schäden mit sich bringen können. In diesem Zusammenhang merkt die Fraktion an, dass entsprechende Regelungen auf höherer Ebene getroffen werden und die Einflussmöglichkeiten der Stadt begrenzt sind.

Laut der Leitstelle Umweltschutz besteht kein Verbot bestimmter Pflanzen. In Bebauungsplänen wird jedoch auf die Verwendung standortgerechter Pflanzen hingewiesen. Bei größeren Wohnanlagen ist häufig eine Hausverwaltung eingesetzt, die Einfluss auf die Wohnungseigentümer*innen nehmen kann. Diese könnten für Themen des Umwelt- und Naturschutzes sensibilisiert werden, etwa im Hinblick auf den Verzicht von Laubbläsern.

Die Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt weist darauf hin, dass es auch die Möglichkeit gibt, Vielfalt über urbanes Grün zu schaffen. Stadtentwicklung und Grünflächen schließen sich aus ihrer Sicht nicht aus. Mit Blick auf die Anmerkung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bestätigt die Fachbereichsleitung, dass ein entsprechender Beschluss erforderlich ist, wenn der Einsatz von Mährobotern zeitlich begrenzt werden soll.

Anlage 1 TOP 4.2 2025_10_Strategie_biologische_Vielfalt

4.3 Überprüfung des Leitfadens Umweltfreundliche Beschaffung

MV/2025/079

Die Vorsitzende erinnert daran, dass der Rat den Leitfaden zur umweltfreundlichen Beschaffung beschlossen hat. Der Klimaschutzmanager hat die Überprüfung eingeleitet und anschließend an die Leitstelle Umweltschutz übergeben. Die Überprüfung hat überwiegend Hinweise ergeben. Bezüglich des Caterings merkt sie an, dass diesbezüglich bislang nichts geplant wurde, und bittet um Überprüfung der Umsetzung. Weiter geht sie auf die Beschaffung von E-Autos oder anderen Fahrzeugen ein. Es wäre wichtig, hier auf eine umweltfreundliche Bereifung zu achten, da der Reifenabrieb einen großen Anteil am Mikroplastikeintrag in der Umwelt hat.

4.4 2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung

BV/2025/059

hier: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten

Die Vorsitzende betont, dass sie die 2030-Agenda für ein wichtiges Bekenntnis hält und die Initiative ausdrücklich begrüßt. Sie hofft auf eine aktive Umsetzung und konkrete Beschlüsse in diesem Zusammenhang.

Zur Anlage der Beschlussvorlage merkt sie an, dass sie die Übersicht „Thema Nachhaltigkeit bei der Stadt Wedel“ sehr interessant findet. Diese enthalte bereits viele wichtige Bausteine, zeige aber auch, dass es noch Entwicklungsmöglichkeiten gibt.

Die Leitstelle Umweltschutz weist darauf hin, dass die Volkshochschule Wedel das Thema Nachhaltigkeit bereits in zahlreichen Veranstaltungen ihres aktuellen Programms aufgreift. Hierzu gehört auch der Austausch „Alles im grünen Bereich? Wedel. Nachhaltig. Gestalten“, der am 10.11.2025 im Ernst-Barlach-Saal stattfindet. Sie hofft auf zahlreiche Teilnehmer*innen.

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel schließt sich der anliegenden Erklärung „2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ an, siehe Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	0	0
CDU-Fraktion	2		
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

Anlage 1 TOP 4.4 2025_10_16 Ziele Nachhaltige Entwicklung

5 Beschlussvorlagen

5.1 I. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserbeseitigung der Stadt Wedel (Beitragsatzung)

BV/2025/048

Die Stadtentwässerung erläutert, dass es sich nicht um eine Nutzungsgebühr, sondern bildlich gesprochen um eine „Eintrittskarte“ handelt. Die Beiträge setzen sich aus den Kosten für den Kanal in der Straße sowie für die Hausanschlüsse zusammen, durch die das jeweilige Grundstück erschlossen wird.

Eine Ausnahme besteht, wenn das Niederschlagswasser nicht in die öffentliche Abwasser-



beseitigung eingeleitet wird.

Die SPD-Fraktion hat eine Verständnisfrage zur Kalkulation. Sie äußert Unklarheit über die Länge des Kalkulationszeitraums.

Die Stadtentwässerung bietet daraufhin an, die Thematik in einer Nachberatung mit der Fraktion zu erläutern. Dieses Angebot wird von der SPD-Fraktion angenommen. Die Nachberatung soll noch vor der nächsten Ratssitzung stattfinden.

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Kalkulationsmethode nach der Rechnungsperiodenkalkulation wird zugestimmt.
2. Der Festlegung des Kalkulationszeitraumes von 2002 bis 2026 wird zugestimmt.
3. Dem Ergebnis der Kalkulation der Beitragssätze für die Rechnungsperiode 2002-2026 einschließlich der Annahmen zu den Kosten und den Flächen wird zugestimmt.
4. Der I. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserbeseitigung der Stadt Wedel (Beitragssatzung) vom 11.11.2019 einschließlich der Festsetzung der Beitragssätze wird zugestimmt. (Anlage 1)

Abstimmungsergebnis:

Nicht einstimmig

7 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	7	0	2
CDU-Fraktion	2		
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3		
SPD-Fraktion			2
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

5.2 Widmung eines Teilgebiets des Sanierungsgebiets Stadthafen Wedel

BV/2025/073

Die Vorsitzende betont, wie wichtig die Widmung eines Teilgebiets im Sanierungsgebiet Stadthafen ist. Sie weist darauf hin, dass diese Maßnahme es dem Ordnungsamt der Stadt Wedel ermöglicht, rechtlich tätig zu werden. Dadurch können Ordnungswidrigkeiten gehandelt werden, beispielsweise wenn ein Schiff nicht genehmigt anlegt.

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt die Widmung des in beigefügter Widmungsverfügung benannten und auf der beigefügten Karte rot umrandeten Gebiets öffentlich zu widmen.



Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	0	0
CDU-Fraktion	2		
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

6 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

Die Vorsitzende stellt ihren E-Mail-Verkehr mit den Hamburger Energiewerken vor, der sich mit dem weiteren Betrieb des Heizkraftwerks Wedel und dem Partikelausstoß befasst.
Die vollständige Antwort der Energiewerke ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In diesem Zusammenhang geht die Vorsitzende auf ein Video des Landtagsabgeordneten Martin Balasus (CDU) ein. In diesem thematisiert er die Hamburger Energiewerke und den gescheiterten Ersatz für das Kraftwerk Wedel. Sie bezeichnet den Stil des Videos als respektlos und nicht förderlich für die weitere Zusammenarbeit mit den Hamburger Energiewerken.

Sie betont den Wunsch nach einem konstruktiven Umgang. Es ist wichtig, dass die Politik in der öffentlichen Kommunikation als gutes Beispiel vorangeht.

Anlage 1 Verzo?gerung Abschaltung_UBF-Protokoll_Kleimeier_16_10_2025

6.1 Auftrag aus dem UBF vom 22.05.2025 zur Prüfung der MV2025/027 hinsichtlich der Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung in der Straße Breiter Weg

MV/2025/085

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass sie die Antwort der Verwaltung ablehnt, da diese nicht dem erhofften Ergebnis entspricht. Die Fraktion betont, dass der Fahrradverkehr gefördert werden soll und hierfür Fördermittel von Bund und Land zur Verfügung stehen, welche einen Teil der Kosten decken. Werden die Anforderungen für eine Förderung nicht erfüllt, trägt die Stadt die Kosten selbst.

Die Fraktion trägt ihre Stellungnahme/Anfrage in der Sitzung vor und regt an, die Novellierungen des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung umzusetzen, um eine Einbahnstraßenregelung vor der Moorwegschule zu ermöglichen, die aus ihrer Sicht zu mehr Verkehrssicherheit und zum Erhalt der Straßenbäume beiträgt.

Die SPD-Fraktion schließt sich den Ausführungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Sie stellt fest, dass der Prüfauftrag aus ihrer Sicht nicht erfüllt ist. Nach Auffassung der Fraktion wurde lediglich der Paragraph herangezogen, dieser jedoch falsch interpretiert und am eigentlichen Thema vorbeigearbeitet.

Eine Prüfung vor Ort habe nicht stattgefunden. Zudem seien Aspekte des Klimaschutzes,



insbesondere der Erhalt der Straßenbäume, unberücksichtigt geblieben. Die Fraktion betont, dass die Straßenführung in Ringform in die weiteren Überlegungen einzubeziehen ist. Sie behält sich weitere Schritte vor, da das Ergebnis in der vorliegenden Form nicht akzeptabel ist.

Die WSI-Fraktion schließt sich den vorangegangenen Ausführungen an. Sie merkt an, dass in der Begründung der Verwaltung überwiegend dargestellt wird, was nicht möglich ist, jedoch offenbleibt, welche Lösungen oder Alternativen realisierbar sind.

Anlage 1 Gruene Anfrage_Breiter Weg_MV2025027_UBF_16_10_2025

**6.2 Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/die Grünen zur
MV/2024/068 vom 01.08.2024 „Erhöhung / Einführung von
Parkgebühren im gesamten Stadtgebiet“ (Prüfauftrag) ANF/2025/010**

Die Tagesordnungspunkte 6.2 und 6.3 werden zusammen behandelt.

Die WSI-Fraktion weist darauf hin, dass bei einer möglichen Einführung der Parkraumbewirtschaftung auch das Anwohnerparken berücksichtigt werden sollte. Sie führt an, dass in der Adalbert-Stifter-Straße und der Kantstraße Parkplätze durch Personen belegt werden, die ein Anliegen in der Bahnhofstraße haben.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass sie sich mit dem Thema Parkraumbewirtschaftung auseinandergesetzt hat. Auch wenn bisher keine konkreten Bereiche benannt sind, regt die Fraktion an, zu prüfen, wie verhindert werden kann, dass Dauerparken auf öffentlichen Flächen stattfindet. Sie äußert den Wunsch, nicht nur zu erfahren, was nicht möglich ist, sondern welche Handlungsspielräume bestehen.

Darüber hinaus weist die Fraktion darauf hin, dass die Unterhaltung der Parkflächen Kosten verursacht, weshalb Gebühren grundsätzlich in Betracht gezogen werden sollten.

In Bezug auf die P+R-Anlage äußert die Fraktion Unverständnis darüber, dass dort keine Gebühren erhoben werden können. Trotz der vorhandenen Beeinträchtigungen sei die Anlage nutzbar. Die Fraktion fragt nach dem aktuellen Stand und regt an, bei einer möglichen Wiedereröffnung eine Parkgebühr von zwei Euro zu erheben, um die Anlage mitzufinanzieren.

Die Verwaltung führt aus, dass sich die P+R-Anlage bereits vor dem Brandereignis in einem schlechten Zustand befand. Es wurden lediglich der Treppenaufgang gereinigt. Wird eine Gebühr eingeführt, ist zu erwarten, dass die Nutzer*innen Ansprüche an die Unterhaltung der Anlage stellen, die zusätzliche Kosten verursachen.

Zum aktuellen Stand nach dem Brand teilt die Verwaltung mit, dass die chemische Reinigung abgeschlossen ist. Ein Statiker hat bereits eine Probe entnommen, die Untersuchung läuft. Auf Grundlage der Ergebnisse soll ein Konzept zur Instandsetzung erstellt werden. Erst nach Vorliegen dieses Konzepts kann die Verwaltung über das weitere Vorgehen und den zeitlichen Rahmen Auskunft geben.

Die Bürgermeisterin stellt fest, dass die Stadt mit der Parkraumbewirtschaftung einen Service in angemessener Qualität anbieten sollte. Notwendige Investitionen, wie beispielsweise Instandsetzungsarbeiten und Anstriche, seien gegen mögliche Gebühreneinnahmen aufzurechnen. Als Vergleich verweist sie auf das Parkhaus an der Reeperbahn, das früher dunkel und verschmutzt war und nach einer Aufwertung sowie der Einführung von Gebühren gut genutzt wird. Sie spricht sich dafür aus, die Ergebnisse der laufenden Prüfungen abzuwarten und anschließend eine ganzheitliche Betrachtung vorzunehmen.

Die Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt weist darauf hin, dass diese Thematik in einer Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung behandelt wird.

Anlage 1 Antwort der Verwaltung zur STN der Fraktion Bündnis 90_die Grünen

-
- 6.3** **Antwort der Verwaltung zur Anfrage der CDU aus dem UBF vom 03.07.2025 hinsichtlich der Parkraumbewirtschaftung im Elbring und Halteverbot für dauerhaft parkende breite/große Fahrzeuge im öffentlichen Raum** **MV/2025/084**

Siehe Tagesordnungspunkt 6.2.

-
- 6.4** **Stand und Kosten wichtiger Bauvorhaben - öffentliche Flächen** **MV/2025/091**

Die SPD-Fraktion merkt an, dass in der Übersicht verschiedene Straßen und Kosten aufgeführt sind, und zeigt sich verwundert, da die entsprechenden Planungen bereits abgelehnt wurden.

Die WSI-Fraktion fragt nach, wie aktuell die dargestellten Planungszahlen sind.

Die Verwaltung erläutert, dass die Maßnahmen durch politische Beschlüsse lediglich ruhend gestellt wurden. Aus Sicht des Verkehrsbedarfs und der Verkehrssicherheit sei ein Umbau jedoch weiterhin erforderlich. Die Verwaltung beabsichtigt, die Projekte zu gegebener Zeit erneut einzubringen. Bei einer Wiederaufnahme der Maßnahmen werden die Kostenzahlen aktualisiert.

-
- 6.5** **Bericht der Verwaltung**

Die Leitstelle Umweltschutz informiert, dass am 7. Oktober 2025 eine Führung durch die Stiftung Lebensraum Elbe an der Wedeler Au stattgefunden hat. Ab dem Jahr 2026 geht die Verantwortung für die Flächen wieder an die Stadt Wedel über.

Die Stadtentwässerung berichtet, dass Vertreter*innen des Landesamtes für Umwelt und des Umweltministeriums gemeinsam mit der Stadtentwässerung den Regenwasserweg sowie die Maßnahmen zur naturnahen Gewässerentwicklung begutachten haben.

Die Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt berichtet, dass die Bike+Ride-Anlage mit einem Graffiti durch das Kinder- und Jugendzentrum gestaltet wird. Zudem wird der Container am Hafen ebenfalls gestaltet. Die Aktion wird von der Stadtparkasse Wedel gefördert.

Weiter empfiehlt sie, die Stelle einer Nachhaltigkeitsmanagerin oder eines Nachhaltigkeitsmanagers für das Jahr 2026 bereits in diesem Jahr auszuschreiben.

Die Bürgermeisterin berichtet, dass der Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Wedel, Herr Rein, sein Amt in Kürze niederlegen wird. Eine Neuwahl hat bisher nicht stattgefunden, da zwei Wahlgänge ergebnislos blieben. Derzeit wird über den zeitlichen Abstand bis zur nächsten Wahl sowie das weitere Vorgehen beraten.

-
- 6.5.1** **Haushaltskonsolidierung**

Die Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt erinnert an ihre E-Mail zu den Spielplätzen. Ein neuer Stand wird in der Novembersitzung vorgestellt. Zudem wird sich auch das Kinderparlament im November zu dem Thema äußern.

Sie bittet die Ausschussmitglieder, innerhalb der Sitzung Rückmeldung zu geben, um eine

transparente Vorgehensweise zu gewährleisten. Sollte zusätzlicher Beratungsbedarf bestehen, ist eine Nachsteuerung möglich.

Die Verwaltung berichtet, dass sich die Gruppe zur Gestaltung der Umwelt getroffen hat, um mögliche Einnahmen und Einsparungen zu prüfen.

Als Beispiel nennt die Verwaltung die Wiedereinführung der Straßenausbaubeiträge. Dieses Thema sei weder für die Politik noch für die Verwaltung angenehm, aus Sicht der Verwaltung jedoch nicht verzichtbar. Die entsprechende Satzung wurde im Jahr 2018 ausgesetzt. Die Verwaltung schlägt vor, diese wieder in Kraft zu setzen, jedoch mit einer Reduzierung der Beitragssätze von 85 auf 65 Prozent.

Zur Verdeutlichung nennt sie folgende Beispiele:

Für den Ausbau der Straße Schloßkamp sind im Jahr 2027 Gesamtkosten in Höhe von 220.000 Euro vorgesehen. Bei einem Beitragssatz von 85 Prozent ergäbe sich ein Anliegeranteil von bis zu 187.000 Euro, bei 65 Prozent bis zu 143.000 Euro.

Für den Krons Kamp mit Gesamtkosten in den Jahren 2026 bis 2029 von rund 5.000.000 Euro läge der Anliegeranteil bei 85 Prozent bei etwa 4.462.500 Euro und bei 65 Prozent bei rund 3.412.500 Euro.

Die Verwaltung bittet darum, im kommenden Ausschuss für Umwelt, Bau und Feuerwehr ein Meinungsbild zu diesem Thema abzugeben. Eine Gesprächsgrundlage wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Darüber hinaus weist die Verwaltung darauf hin, dass auch die Weihnachtsbeleuchtung Einsparpotenzial bietet, da es sich hierbei um eine freiwillige Leistung der Stadt handelt. Betroffen wären die Beleuchtungen am Schillerstein in der Bahnhofstraße, an den Straßen An der Doppeleiche und Am Rathausplatz. Die Beleuchtung am Roland sowie die Straßenbeleuchtung des Vereins Wedel Marketing wären davon nicht betroffen.

Durch die Reduzierung würden statt rund 6.000 Euro nur etwa 2.600 Euro für Installation und Anschluss anfallen. Bereits im Vorjahr wurde eine gleichlautende Entscheidung von der Bürgermeisterin getroffen.

Die Bürgermeisterin ergänzt, dass hierzu bislang keine Rückmeldungen eingegangen sind, mit Ausnahme des Bereichs An der Doppeleiche. Sie kündigt an, hierzu noch Gespräche zu führen, um eine mögliche eigenständige Umsetzung der Anlieger abzustimmen.

Anlage 1 Straßenausbaubeiträge §8 KAG Haushaltskonsolidierung

6.6 Sachstand Hochbauten in Wedel

Die Fachdienstleitung Gebäudemanagement berichtet die wichtigsten Punkte und stellt dem Protokoll einen Bericht zur Verfügung.

Anlage 1 2025 OKT Sachstand

6.7 Anfragen der Politik

Aufgrund von Zeitmangel konnte der Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden. Er wird deshalb der nächsten Sitzung vorangestellt.

Vorsitz:

Protokollführung:

gez. Kärger
Petra Kärger

gez. Schlüter
Mara Katharina Schlüter

